

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfg., die Reklamezeile 45 Pfg. Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatlich 1.50 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. für teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf geteilt. Eintr. od. Konfursen hinw. wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 6780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

Nummer 226

Altensteig, Samstag den 27. September 1930

53. Jahrgang

Die Krawalle von Prag

Deutschenhege in der Tschechoslowakei

Die skandalösen Begebenheiten, deren Schauplatz die tschechoslowakische Hauptstadt Prag einige Tage hindurch war und zu einem gewissen Teil auch heute noch ist, werfen ein grelles Licht auf die Geistesverfassung, die sich im Lande Mährens entgegen allen Prinzipien der Demokratie und der Duldsamkeit breitmachen konnte. Daß der Deutschenhaß nicht in den einflussreichsten Kreisen der Tschechoslowakei bis zum heutigen Tage groß ist, ist ja an sich nichts Neues. Die Deutsch-Böhmen wissen ja ein Lied davon zu singen, und der fremde Besucher Prags mußte oft genug die trübe Erfahrung machen, wie schlecht es dort um die für jedes Kulturland selbstverständliche Höflichkeit gegenüber einem der Landessprache Unkundigen bestellt ist. Alle solche Tugendlichkeiten, so unwichtig und kleinlich sie auch erscheinen mögen, zeugen allzu deutlich von einer merkwürdigen Einstellung allem Deutschstum gegenüber, einer Einstellung, für die es keine den tschechischen Nationalstolz befriedigende Erklärung gibt.

Es ist bemerkenswert, wie wenig die deutschfeindlich eingestellten Tschechen sich darüber im Klaren sind, daß ihre Häßlichkeiten für sie Selbsterniedrigung bedeuten. Die Tschechen sind heute in jeder Beziehung unumschränkte Herren in ihrem Lande, von keiner Seite droht ihrer Freiheit und ihrer Selbstständigkeit irgendwelche Gefahr. Sie verfügen über einen gut organisierten Staat, über eine starke Armee, über große Naturreichtümer, mit denen ihr Heimatboden versehen ist. Der tschechoslowakische Staat hat in den wenigen Jahren seines Bestehens manche Erfolge erreicht, sowohl innerpolitischer wie außenpolitischer Art, auf die er stolz sein kann. Und doch scheint dem tschechischen Volk irgendwie das Bewußtsein seiner Minderwertigkeit innewohnen — anders kann man die barbarischen Vorgänge, die in Prag — wohl unter Duldung der Polizei und unter direkter Unterstützung durch den Prager Oberbürgermeister und einem wesentlichen Teil der tschechischen Presse — stattgefunden haben, nicht deuten.

Der Anlaß zu dem Ausbruch des Deutschenhaßes in der Tschechoslowakei ist wahrscheinlich als gering zu bezeichnen. In einigen führenden Kinetheatern Prags liefen seit Wochen mit großem Erfolg deutsche Tonfilme in Originalfassung. Das genügt, um die Prager „Volksecke“ in Wallung zu bringen...

Man saßt sich an den Kopf. Die große Mehrzahl der Prager Bevölkerung ist des Deutschen mächtig. Tschechische Tonfilme sind ein Ding der Unmöglichkeit, weil das Abschneiden zu klein ist, um die teure Herstellung rentabel zu machen. Aus demselben Grund fällt die Umarbeitung fremder Tonfilme fort. Es ist zu verwundern, daß der deutsche Tonfilm seinen Einzug in Prag feiern konnte. Seine Erfolge haben es mit sich gebracht, daß unter den Besuchern der Kinetheater, in denen die deutschen Tonfilme liefen, das tschechische Element stark genug vertreten war. Selbst wenn dieser oder jener aus dem Publikum nicht alles in einem Operetten- oder Revue-Film verstehen konnte, konnte dies der Sache keinen Abbruch tun. Der erste besonders erfolgreiche Tonfilm, der in Deutschland lief und volle Kassen machte, „Der singende Narr“ mit Al. Jolson lief auch überall in seiner Urfassung und wurde sicher nicht von allen Anwesenden in seinen Dialogen verstanden. Doch hat in Deutschland wohl niemand gegen die „Zumutung“ protestiert, einen Film in englischer, genauer in amerikanischer Sprache vorgelegt zu bekommen. Wenn dies nicht geschehen sollte schließlich zu Hause bleiben. Und heute läuft in Berlin schon seit vielen Wochen der französische Tonfilm „Unter den Dächern von Paris“, der in Frankreich von Franzosen in französischer Sprache — allerdings mit deutscher Tonfilm-Apparatur aufgenommen wurde. Es ist bisher anlässlich dieses Films noch nicht zu Demonstrationen gekommen, und es darf zu Ehren des deutschen Volkes angenommen werden, daß es dabei auch weiterhin nicht dazu kommen wird, wie sich jeder einzelne zu künstlerischen Qualitäten dieses Films oder auch zu der Tatsache seiner Aufführung stellen mag. Dabei gibt es in Deutschland und speziell in Berlin Menschen genug, die nicht besser auf die Franzosen zu sprechen sind, als die Tschechen auf die Deutschen.

Es ist peinlich genug, daß dies alles hier gesagt werden muß, umso mehr, als die Beziehungen zwischen Deutschland und der Tschechoslowakei von je her durchaus korrekt und freundlich waren. Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch, ein auf der internationalen Arena oft gefeierter Mann, spricht bei jeder Gelegenheit von Völkerverständigung. Bei ihm zu Hause spielen sich Dinge ab, die einer sol-

chen Verständigung Hohn sprechen und die deutsch-tschechoslowakischen Beziehungen zu gefährden drohen. Der Eindruck, den die Prager Deutschenkrawalle nicht nur in Deutschland, sondern auch in der ganzen Welt erweckt haben, ist ein überaus peinlicher. Die Verantwortung für die politischen und moralischen Folgen der Ausschreitungen tragen die Tschechen selbst.

Vorstellung des deutschen Gesandten in Prag

Prag, 26. Sept. Der deutsche Gesandte Dr. Koch, der schon am Mittwoch eine Rücksprache mit dem Vertreter des Außenministers, Minister Krofta, hatte, hat sich heute erneut zu ihm begeben, um auf den schweren politischen Rückschlag aufmerksam zu machen, den die Prager Ereignisse der letzten Tage in den Beziehungen der beiden Staaten herbeiführen können, und auf die nachteilige Wirkung dieser Vorgänge auf die öffentliche Meinung in Deutschland hinzuweisen. Er hat dabei betont, daß er auf die wirtschaftliche Seite der tatsächlichen Kuberturschwung der deutschen Tonfilme einstweilen noch nicht eingehen. Minister Krofta sprach sein Bedauern über die Vorgänge aus und versicherte den guten und ernstlichen Willen der Regierung, diesen nachteiligen Vorgängen ein schnelles Ende zu bereiten.

Scharfes Eingreifen der Prager Gendarmerie

Prag, 26. September. Gendarmerieabteilungen mit aufgezogenem Bajonett, die von auswärts nach der Hauptstadt zusammengezogen wurden, gingen heute abend gegen Zusammenrottungen vor und zerstreuten sie rasch. Der Wenzelsplatz wurde mehrmals geräumt. Mehrere Personen wurden verletzt und festgenommen.

Noch immer Unruhen in Prag

Prag, 26. September. Kommunisten, die nach der nationalsozialistischen Kundgebung am oberen Wenzelsplatz eine Kundgebung zu veranstalten suchten und von der Polizei zerstreut wurden, zogen später vor das sozialdemokratische Klubhaus, wo sie zu lärmten begannen. Die im Hause versammelte Arbeiterhaft machte schließlich einen Angriff auf die Kommunisten. Die Polizei griff ein und stellte die Ordnung wieder her. Die Kommunisten zogen alsdann nach dem Volkshaus in Karolinenthal ab. Auf dem Wenzelsplatz kam es im Laufe des Abends wiederholt zu Ansammlungen, die von der Polizei stets sofort zerstreut wurden. 23 Personen wurden verhaftet. Bis 11 Uhr abends waren drei Wachen als verletzt gemeldet.

Rundschau

In einem bekannten satirischen Witzblatt erschien zur Zeit der Reichstagswahlen ein Titelbild der gefesselten „Germania“, hinter der der Weltgeister steht, während zu ihren Füßen die Symbole der Hauptparteien liegen: Hakenkreuz, Sowjetstern, die rote Jakobinermütze, der demokratische Zylinder, Krone und Zepter der Monarchie, das entwundene deutsche Schwert und die Papstkrone. Darunter standen die Worte: „Kurz ist die Wahl, lang aber die Qual“. An dieses Wort wird man erinnert, wenn man die Vorgänge dieser Tage um Regierungsprogramm und Regierungsbildung näher betrachtet. Und wie wird es erst werden, wenn am 13. Oktober der neue Reichstag zusammentritt!

Der krisenhafte Zustand unserer innenpolitischen Verhältnisse, der schon in den ersten Monaten des laufenden Jahres so deutlich in Erscheinung trat, hat sich in den ersten Wochen nach den Wahlen zum Reichstag verschärft. Regierung und Parteien suchen das Gelände abzuwarten, um die Grundlagen der Arbeitsmöglichkeit zu gewinnen. Die Schritte des Reichsfinanzlers werden von einer sensationslüsternen Berliner Presse überwacht und aus jeder Begegnung sucht man parteipolitische Kapital für Regierungs- und Mehrheitsbildung zu schlagen. Dabei steht fest, daß der Reichsfinanzler erst in kommender Woche die Besprechungen über den künftigen Kurs und die schweren Aufgaben einteilen und zunächst mit den Führern der hinter der Regierung stehenden Parteien verhandeln wird.

Das Reichskabinett selbst hat sich mit dem Finanzprogramm befaßt, dessen Verabschiedung einerseits durch die vorläufige Regelung mittels Notverordnungen, andererseits durch die neuerliche Verschlechterung der Finanzlage notwendig geworden ist.

Die Finanzfragen des Reiches, die infolge der errechneten Fehlbeträge von mehr als 500 Millionen Mark nunmehr schnellstens gelöst werden müssen, da der Finanzminister vorübergehend nur durch kurzfristige Anleihen Ausbesserung schaffen kann, erheischen eine Dauerlösung. Das Wort von der Finanznot wird aber solange nicht verschwinden, als nicht Reformen an Haupt und Gliedern vorgenommen werden.

In diesem Zustand schwerer finanzieller Gefahren tritt nun die Neuorientierung der Parteien und der Regierung in politischer Hinsicht in Erscheinung. Bisher haben sich die Parteileitungen allerdings größter Zurückhaltung befleißigt, die Parteiblätter umso mehr grobes Pulver verschossen. Das Reichskabinett selbst scheint auf die Wünsche der Sozialdemokratie eine gewisse Rücksicht zu nehmen. Noch vor wenigen Wochen war man sich darüber einig, daß die nochmalige Reform der Arbeitslosenversicherung unvermeidlich sei. Nach dem neuesten Stand der Kabinettsberatungen will man auf die Reform verzichten und die Fehlbeträge durch Reichszuschüsse und Erhöhung der Beiträge ausgleichen. Die Forderung auf Bildung der Großen Koalition, die von links ausgeht, obwohl auch diese Gruppierung feinerer Mehrheit im Reichstag brächte, hat bisher auch bei der Deutschen Volkspartei nicht verlangt. Sie hat sich völlige Freiheit der Entscheidung vorbehalten und „Kompromisse mit sozialistischen Gedankengängen“ für untragbar erklärt. Auch der Christlich-Soziale Volksdienst, dem Neigung zur Großen Koalition nachgelagt wurde, gab eine deutliche Ablehnung an jede Gruppen- und Mehrheitsbildung. Unterdessen werden die Versuche zu einer Sammlung der Mitte fortgesetzt. Auffallend war, daß Reichsminister Schiele, der mehrmals auf Landvolkslisten in den Reichstag gewählt wurde, kein Mandat zum Reichstag annimmt. Der Landbund hat u. a. auch die Forderung auf sofortige Erklärung des Zahlungsausschubes nach dem Youngplan verlangt. Das Landvolk werde nur einer Regierung Gefolgschaft leisten, die über den Parteien und des Interesses gegenläufig die Notwendigkeiten des Staates und des gesamten Volkes verkörpert. Endlich hat sich auch die Staatspartei eine kleine Krise entwickelt, denn die preussische demokratische Landtagsfraktion will ihre Selbstständigkeit vorläufig aufrecht erhalten. Ein außerordentlicher Parteitag der Demokraten wird demnach vor die Frage gestellt, ob die demokratische Partei aufgelöst oder ihr selbständiges Dasein weiterzuführen, bezw. in der Staatspartei aufgehen soll. Recht unklar bleibt die Haltung der Nationalsozialisten zu dem Gedanken der Mehrheitsbildung im Parlament, denn Adolf Hitler hat die Weisung zur Zurückhaltung ausgegeben. Umso mehr erregt der Hohverratsprozeß in Leipzig gegen drei Umer Reichswehroffiziere Aufsehen, weil es sich dabei um nationalsozialistische Betätigung handelt. Eine Sensation aus diesem Prozeß im Sinne scharfer Linkspolitiker ist allerdings nicht zu erwarten. Es handelt sich bei der Betätigung dieser drei Offiziere nicht um Zerstörungsarbeit, nicht um Zellenbildung, sondern um die Wehrhaftigkeit. Wohl mögen die Angeklagten nach dem Buchstaben des Gesetzes gefehlt haben, aber sie wollten das Beste für das Vaterland und für die Reichswehr. Dieser Eindruck bleibt nach den Zeugenerhebungen der beiden ersten Tage.

Die deutsche Außenpolitik zeigt trotz der Genfer Tagung erhebliche Belastungen auf. Noch nicht vergessen sind die deutschfeindlichen Kundgebungen in Polen; nun werden solche aus der Tschechoslowakei gemeldet. Auch in Genf ist diese Feindschaft des Ostens uns wiederholt entgegengetreten. Ueberhaupt hat man in Genf trotz starker deutscher Initiative in verschiedenen Fragen doch den Eindruck gewonnen, daß man Deutschland nicht ernst nimmt. So wurde wohl die Minderheitenfrage ausgiebig erörtert, aber die Ergebnisse blieben weit hinter den Erwartungen zurück. Die nichtstimmende Politik des Völkerbundes in der Minderheitenfrage wird nicht geändert. Auch in der Remelsfrage droht Deutschland eine Niederlage, denn Litauen lehnt sich über die deutschen Beschwerden weg. Fast noch schlimmer ist es auf dem Gebiet der Abrüstung. Der deutsche Versuch, die Abrüstungskonferenz in Wäldo zusammenzubringen, wurde von Frankreich und England abgelehnt. Die Erklärung Hendersons über die notwendige Abrüstung, die überall Aufsehen erregte, wurde durch neue Neuherungen Lord Cecilis hinw. gemacht. Vermutlich wirkte dabei mit, daß die französischen und italienischen Besprechungen über die Seeabrüstung abgebrochen wurden. Dem Eingreifen der Reichsregierung und des Reichspräsidenten, ist es gelungen, die im Ausland verbreiteten Falschgerüchte zu widerlegen. Schaden genug haben sie und der Ausgang der Wahlen am deutschen Kredit und an den deutschen Börsen angerichtet.

So stehen wir in einer Krise, deren Entwicklung noch nicht abgesehen werden kann.



Wirtschaftspartei und Sozialdemokratie

Berlin, 26. September. Die neue Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hielt heute ihre erste Sitzung ab, in der die politische Lage erörtert wurde. Im Anschluß daran trat der Reichsausschuß der Wirtschaftspartei zu einer Sitzung zusammen. Die Auffassung der Reichstagsfraktion, sich an einer Regierung, auf welche die Sozialdemokratie direkten oder indirekten Einfluß nimmt, weder aktiv noch passiv zu beteiligen, fand die einstimmige Billigung und Zustimmung des Reichsausschusses. Das Verbleiben der Wirtschaftspartei in der bestehenden oder ihre Mitwirkung von einer neuzubildenden Regierung wird die Partei ausschließlich davon abhängig machen, ob die von ihr im Interesse der Wiedergesundung von Wirtschaft und Volk zu stellenden Forderungen berücksichtigt werden. Von ausschlaggebender Bedeutung für die endgültige Entscheidung der Wirtschaftspartei wird die Tatsache sein, daß aus dem Gesamtprogramm der Regierung der unerzitterliche Wille hervorgeht, daß der sozialistischen Wirtschaft, Finanz- und Kulturpolitik ein Ende gemacht wird. In den der Regierung zu überreichenden Forderungen wird auch eine Verringerung der Außenpolitik mit dem Ziel der Revision des Youngplanes und des Versailleser Vertrages verlangt werden.

Der Städtetag

Dresden, 26. September. Die Hauptversammlung des Deutschen Städtetags wurde eröffnet. In seiner Ansprache führte Präsident Dr. Kulert u. a. aus, daß die Gemeinden wieder die Befugnis erhalten müssen, Einnahmen und Ausgaben in eigener Verantwortlichkeit in ein richtiges Verhältnis zueinander zu bringen.

Dresden, 26. Sept. Der Deutsche Städtetag hat nach mehr als zweitägiger Diskussion über ein Referat des Oberbürgermeisters Dr. Luppe-Münster eine Entschließung des Vorstandes zu dem Referat Dr. Luppe mit überwiegender Mehrheit zum Beschluß erhoben. In dieser Entschließung heißt es u. a., die geltenden Bestimmungen über die Arbeitslosenversicherung und das Arbeitsnachweiswesen seien entgegen den dringenden Vorstellungen der Städte geschaffen worden. Bei einer kommenden Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung müßte die Einheitlichkeit der Verwaltung in der örtlichen Instanz soweit als möglich wieder hergestellt werden. Das Ausmaß der Lasten, das im Verlauf dieses Jahres erwachsen ist, sei für die Gemeinden völlig untragbar geworden. Die durch die Notverordnung vom 26. Juli 1930 den Gemeinden neu erschlossenen Einnahmequellen seien im Hinblick auf diese Entwicklung umso mehr völlig unzureichend, als die Wirtschaftskrise sich in den letzten Wochen erneut außerordentlich verschärft und die Einnahmen hinter den Voranschlägen stark zurückblieben. Die Hauptversammlung des Deutschen Städtetags wolle deshalb die zuständigen Stellen darauf hin, daß sofortige und ausreichende Abhilfemaßnahmen unerlässlich sind, wenn nicht die deutschen Städte einer für das Reich und für die Gesamtwirtschaft untragbaren Finanzkatastrophe entgegensehen wollen.

Als sofortige Abhilfemaßnahmen bis zu einer endgültigen Regelung befürwortet die Entschließung dann dringend die unbedingte Ausdehnung der Krisenfürsorge auf alle Berufs- gemäß Paragraph 111 WABG und die Übernahme des Gemeindefunktes bei der Krisenfürsorge auf das Reich. Nur unter der Voraussetzung, daß die geforderte finanzielle Entlastung in vollem Umfang gewährt wird, seien die Gemeinden in der Lage, im Falle der Neuregelung der Arbeitslosenversicherung ihre Einrichtungen und Erfahrungen zur Verfügung zu stellen. Auch die Lage der Arbeitslosenversicherung zwingt zu neuen Maßnahmen. So sei erneut darauf hinzuweisen, daß zwischen Versicherung, Krisenfürsorge und gemeindlicher Wohlfahrtskassen ein unlösbarer Zusammenhang bestehe und daß Einschränkungen der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung keine Ersparnisse am Gesamtaufwand, sondern nur eine Lastenverteilung bedeuten.

Die Entschließung endet: Die Hauptversammlung des Deutschen Städtetages hält sich für verpflichtet, auf den Ernst der Lage mit größter Eindeutigkeit aufmerksam zu machen und erwartet die bestmögliche Durchführung der von ihr geforderten Maßnahmen, wenn nicht die unheilvollsten Folgen für die Gemeinden, für die Arbeitslosen selbst und schließlich für unser gesamtes Volk entstehen sollen.

Der Hochverratsprozeß in Leipzig

Leipzig, 26. Sept. Zu Beginn des heutigen Verhandlungstages im Prozeß gegen die drei Reichswehroffiziere wurde Oberleutnant Wintter vom Artillerie-Regiment 6, Hannover vernommen. Der Zeuge schilderte eine Unterhaltung, die er mit Ludin in Hannover in der Wohnung des Leutnants Lorenz hatte. Ludin habe keine Auffassung über die Reichswehrsache und die mehrteilige Stimmung entwickelt und ausgesprochen, daß die Idee, um deren Willen alle Offiziere geworden wären, all-

mählich mehr und mehr in den Vordergrund getreten sei und es notwendig wäre, diese Idee mehr zu stärken und auch in Kameradenkreisen mehr darüber zu reden. Das Ziel sei eine Fühlungnahme zwischen den vaterländischen Verbänden und den vaterländisch eingestellten Parteien sowie gegenläufiger Orientierung gewesen; vor allem soll das mit den Nationalsozialisten angestrebt werden. Für diesen Gedanken sollten die Offiziere wirken, insbesondere auch in den Unterrichtsstunden. Auf eine Frage des Vorsitzenden erklärte der Zeuge, daß für die nächste Zeit keine bestimmte verfassungswidrliche Maßnahme geplant gewesen wäre. Ludin habe ausdrücklich gesagt, die Reichswehr dürfe nicht wieder, wie im Hitlerputsch, in Gegenwart zu den vaterländischen Verbänden geraten. Der Vorsitzende wies den Zeugen auf seine Aussage hin, wonach Ludin bereits erklärt haben soll, daß unter allen Umständen ein bewaffnetes Vorgehen der Truppe gegen die Nationalsozialisten vermieden werden müßte. Der Zeuge erklärte, wenn er das damals ausgesagt habe, dann stimme es. Leutnant Wintter betont im weiteren Verlauf seiner Vernehmung, daß von der Möglichkeit eines gewaltsamen Sturzes der Regierung nicht die Rede gewesen sei. Sodann erwidert Oberst Best, der Regimentskommandeur Ludins, in die Debatte ein und erklärt, Ludin sei durch die „unglückliche Beschwörungsgeschichte“ wahrscheinlich davon abgehalten worden, sich mit ihm näher auszusprechen. Mit der un-

glücklichen Beschwörungsgeschichte meint er Scheriners Beschwörung gegen den ministeriellen Befehl, sich am roten 1. August nicht auf der Straße zu zeigen und in Zivil in die Kasernen zu kommen. Die Beschwörung, die in der Sache auch nach der Auffassung des Regimentskommandeurs berechtigt gewesen sei, aus formellen Gründen aber abschlägig beschieden werden mußte, weil der angegebene Befehl zu achten war, habe den Konnex zwischen ihm und Ludin zerrissen. Doch sei er der Überzeugung, daß Ludin nicht staatsverbrecherisches vorgehabt habe. Es meldet sich Johann der militärische Verteidiger, Hauptmann Meindel zum Wort und weist darauf hin, daß die bisherigen Vernehmungen sich zum größten Teil auf Kaffeegespräche, teils sogar in vorerörterter Stimmung bezogen hätten.

Oberleutnant Wintter erklärt hierzu, daß die bisher genannten drei Punkte, die mehrteilige Einstellung der Regierung, der Internationalismus und der Pazifismus, überall Anzeichen der Beschwörung hätten und daß man es so freudig begrüßt habe, daß sich endlich Leute fanden, die hiergegen aufstehen wollten. Er erklärte gleichfalls, daß das Wort „Zellenbildung“ ihm vorher unvollkommen unbekannt und unklar gewesen sei und erst in der Vorunternehmung geklärt wäre.

Leutnant Lorenz erklärte, als Zweck der Besprechung sei ihm eine Rücksprache in einer wichtigen kameradschaftlichen Angelegenheit gegeben worden. Im übrigen bestätigte er die Aussagen des Zeugen Wintter. Weiter sagte der Zeuge Lorenz aus: Ludin wollte uns auch mit einem Nationalsozialisten in Hannover bekannt machen. Ich hatte dagegen nichts einzuwenden, weil es mich interessierte, mit einem solchen Mann einmal zu sprechen. Aber wir sind in der Folge nie mit einem Nationalsozialisten zusammengekommen. Leutnant Lorenz erklärte weiter, daß er nicht den Eindruck gehabt habe, als wollte er für etwas sehr Wichtiges gewonnen werden. Von Putschabsichten sei nicht die Rede gewesen, ebenso wenig wie von einer Zellenbildung.

Hauptmann Jäger vom Inf.-Regt. 18 in Münster, der auf Antrag des Reichsanwalts wegen Teilnahmeverdachts unverdächtig bleibt, bezeugt, daß Oberleutnant Wendt, schriftlich gebeten habe, sich in Hannover mit ihm zu treffen. „Wir haben u. a. auch“, so fährt Hauptmann Jäger fort, einen Spaziergang durch die Stadt unternommen und sind schließlich auch auf die Politik zu sprechen gekommen, wobei ich mich allerdings gemindert habe, daß Wendt sich überhaupt dafür interessiert. Es ist davon die Rede gewesen, daß die politische Hochspannung sich auch auf das Heer auswirke. Der Vorsitzende hält dem Zeugen vor, daß der Untersuchungsrichter den Eindruck gehabt, er halte mit seinen Aussagen zurück. Der Zeuge führte sein Verhalten auf seine Abgespanntheit von der Reise sowie auf den Umstand, daß er nicht einmal wußte, wem man die „Schwebende Vorunternehmung“ geführt wurde.

Rücktritt des türkischen Kabinetts

Angora, 26. Sept. Ministerpräsident Ismet Pascha überreichte dem Präsidenten der Republik das Rücktrittsgesuch des Kabinetts, das vom Präsidenten angenommen wurde. Der Gasi hat bereits mit den Besprechungen über die Neubildung des Kabinetts begonnen und den Präsidenten der Kammer und die Parteiführer empfangen.

Das türkische Währungsgezet von der Kammer angenommen
Angora, 25. Sept. Die Kammer hat heute das Gesetz über die Aufrechterhaltung der türkischen Valuta angenommen. Sämtliche anwesenden 269 Abgeordneten einschließlich der Liberalen, stimmten für das Gesetz. Der neugewählte Abgeordnete Fetbi Bei übte bei dieser Gelegenheit Kritik an der allgemeinen Finanzpolitik der Regierung. Das Gesetz ermächtigt die Regierung, neue Banknoten in Umlauf zu setzen, die dadurch gedeckt werden müssen, daß die Regierung Gold oder fremde Devisen kauft, die zum Renndbetrage in Gold einlösbar sind.

Neues vom Tage

Pestepidemie in Nordchina
London, 26. Sept. „Times“ berichtet aus Peking: Nordchina wird von einer ersten Pestepidemie bedroht, wenn nicht die chinesischen Behörden energische Maßnahmen ergreifen, um die Epidemie zu lokalisieren, die sich, Verichten zufolge, aus Missionarissen hier einsetzt, ist, jetzt rasch über ganz Nord-Schansi, ausbreitet. Die Pest, die als Lungenseuche sowie auch als Blasenpest auftritt, hat ganze Dörfer ausgerottet und die von Panik ergriffenen Einwohner fliehen aus der heimischen Heimat und lassen die Toten unberührt. Die Gefahr wird erhöht durch den Umstand, daß es nicht ein einfaches, modernes Hospital in Nord-Schansi gibt und kaum ein Rest mit moderner Ausbildung.

Tragischer Ausgang einer Jagdpartie
Wie die „Breslauer Neuesten Nachrichten“ erfahren, spielte sich am Mittwoch auf dem schlesischen Schloß Stein bei Koberwitz im Regierungsbezirk Breslau ein schwerer Unfall ab. Auf einem Jagdgange, den der Schloßherr, Baron von Kopp, mit seiner Gattin unternahm, entlud sich durch einen unglücklichen Zufall das Jagdgewehr des Barons. Die Schrotladung traf Frau von Kopp in den Rücken und tötete sie sofort. Aus Verzweiflung hierüber verübte der Baron neben der Leiche seiner Frau Selbstmord. Das Unglück ereignete sich einen Kilometer vom Schloße entfernt auf dem Felde, wo Kopp Rebhühner schießen wollte. Baron von Kopp stand im Alter von 65 Jahren, seine Gattin war 56 Jahre alt. Der Ehe entstammen keine Kinder. Baron von Kopp, der sich auf Schloß Stein hauptsächlich der Jagd widmete, war sehr reich. Sein Vermögen, das auf 10 bis 12 Millionen Mark geschätzt wird, bestand in Beteiligungen an schlesischen Gruben. Die beiden Leichen sind bereits zur Beerdigung freigegeben worden.

Abchiedsbesuch des russischen Botschafters
Berlin, 26. Sept. Der russische Botschafter Krejstinski hat dem Reichspräsidenten von Hindenburg seinen Abschiedsbesuch abgeleistet. Im Anschluß an den Empfang gab Reichspräsident von Hindenburg zu Ehren des scheidenden Botschafters ein Frühstück. Blättermeldungen zufolge ist zum Nachfolger Krejstinskis der bisherige stellvertretende Volkskommissar Chitjukow von der Sowjetregierung in Aussicht genommen.

Die Auflösung des schlesischen Sejm
Kattowitz, 26. Sept. Dem Dekret des Staatspräsidenten, das die Auflösung des schlesischen Sejm verfügt, ist eine Begründung nicht beigefügt, man ist aber der Ansicht, daß die Auflösung erfolgt ist, weil in der letzten Sessionung der Abgeordnete Korjantj und der polnische Sozialist Glücksmann eine sehr scharfe Haltung gegen die politische Einstellung des Wojwoden eingenommen haben. Auf Antrag des Bezirksrichters in Kattowitz wurde dann heute vormittag nicht nur der Sejmabgeordnete Korjantj, sondern auch der Abgeordnete Trempla von der gleichen Partei verhaftet.

Die thüringische Regierung und die Kommunistische Partei
Weimar, 26. Sept. Das thüringische Staatsministerium hat, wie in der gestrigen Kabinettsitzung bekanntgegeben wurde, einen Beschluß gefaßt, wonach sämtlichen Staatsbeamten jede Teilnahme an den kommunistischen Parteien verboten ist. Das gleiche Verbot hat das thüringische Ministerium des Innern für die Gemeinde- und Kreisbeamten erlassen.

Allgemeine Abrüstungskonferenz soll 1931 stattfinden
Genf, 26. Sept. Der Abrüstungsausschuß der Völkerbundversammlung nahm heute die von dem Vertreter Guatemalas eingebrachte Entschließung auf möglichst baldige Einberufung der Allgemeinen Abrüstungskonferenz an. Dem Wunsch der deutschen Delegation nach Festsetzung eines Datums wurde dadurch entsprochen, daß in dem Bericht der Wunsch ausgesprochen wird, daß die Abrüstungskonferenz im Laufe des Jahres 1931 zusammentritt.

Das Hochwasser in Indien
900 Dörfer zerstört
London, 26. Sept. Nach Meldungen aus Karachi sind bei den kürzlichen Ueberschwemmungen im Gebiet der Provinz Sind 900 Dörfer zerstört worden, 40 000 Menschen sind obdachlos. Die Hilfsmaßnahmen sind nicht im entferntesten ausreichend. Der Ernteschaden allein wird auf 1 300 000 Pfund geschätzt.

Aus Stadt und Land

Attensteig, den 27. September 1930.
Beerdigung. Am gestrigen Nachmittag fand die Beerdigung des alten „Lindenwirts“ Luz statt, der nach kurzer Krankheit im Alter von 81 Jahren starb. Mit ihm ist eine in weiten Kreisen bekannte und geachtete Persönlichkeit geschieden. Er war einer der alten Bierbrauer, die sich an ihrem Beruf hingen, über die aber die neue Zeit mit ihren Umwälzungen hinweggegangen ist. Er konnte seinen Beruf lange nicht aufgeben, auch als er sich nicht mehr lohnen wollte. Sein Gasthof, die „Linde“, von der heute nur noch die große Zahnkude am Marktplatz Kunde gibt, war ein angesehenes Haus, denn Lindenwirt Luz war ein rechtschaffener Mann, der Ordnung liebte und seine Frau stand ihm als tüchtige Köchin wader bei. Gerne erinnert man sich noch der Zeit, wo Lindenwirt Luz noch seine Gäste bediente und neben seinem selbstgebrannten Bier auch manchen derben Scherz verzapfte. Das Alter deranlastete ihn, die „Linde“ zu verkaufen und die Inflation ließ den Verstorbenen die Schwere der Zeit reichlich empfinden. Außer als Brauer und Wirt trat er als Fischer, gleich seinem verstorbenen Bruder Lorenz, besonders in Erscheinung und mit seiner Fischerausrüstung bewaffnet wird er in unserem Gedächtnis fortleben. Der Verstorbene war Veteran von 1870/71 und der Kriegerverein, dem er 54 Jahre angehörte, gab ihm neben vielen Leidtragenden das Geleit zu seiner letzten Ruhestätte, wo Stadtpfarrer Horlacher die Grabrede hielt und seiner in liebevoller Weise gedachte. Nach der Einsegnung widmete ihm Kriegervereinsvorsitzender Grüner unter Niederlegung eines Kranzes einen Nachruf, in welchem er die Treue und Kameradschaft des Entschlafenen rühmte. Der Liederkreis, dessen Lokal die „Linde“ war, umrahmte die Feier. So ist nun der alte Lindenwirt von uns gegangen und man wird ihm überall ein treues Andenken bewahren. Er ruhe im Frieden!

Kraftfahrerkurs. Wie uns mitgeteilt wird, findet anfang Oktober in Nagold auf vielseitigen Wunsch wieder ein Kraftfahrerkurs zu den bekannt günstigen Bedingungen statt. Die Wagen werden von der Landesfahrtschule gestellt. Als Ausbildungswagen stehen den Kursteilnehmern mit den letzten technischen Erneuerungen versehene Fahrzeuge zur Verfügung. Ausbildungen werden auch auf eigenen Wagen und Motorrädern vorgenommen. Die näheren Bedingungen sind bei der Württ. Landesfahrtschule G. m. b. H. in Stuttgart zu erfahren. Anmeldungen werden auch von der Filiale der Landesfahrtschule in Calw, Neue Stuttgarterstraße 886, Tel. 234, entgegengenommen. Auf solche Kursteilnehmer, die geschäftlich schwer abkommen können oder ungünstige Bahnverbindungen haben, wird nach Möglichkeit Rücksicht genommen. Die bekannt gründliche Ausbildung von Fahrern, die durch das genannte Institut gewährleistet wird, ist so wichtig für das Kraftfahrwesen, daß auch in diesem Kurs eine recht große Beteiligung zu wünschen wäre.

„Grünen Baum“-Vorträge. Heute Samstag und morgen Sonntag, jeweils 8.30 Uhr, gelangt ein kriminal-telepathischer Film „S o m n a m b u l i“ (Die Hellseherin) zur Vorführung. Außerdem ist ein hübsches Beiprogramm zusammengestellt, sodas sich der Besuch lohnen dürfte. Schon dem Hauptstück kann man mit Spannung entgegensehen. Das Medium des falschen Telepathen ruft in seinem vermeintlichen Trancezustand ganz schlimme Verwicklungen hervor, auch eine Mordaffäre wird mit hineingezettelt, so daß man nur ein ganz tragisches Ende vermuten kann. Die Szenen sind geschickt aufgebaut und zeigen auf der einen Seite das Risiko der guten Gesellschaft, jedoch auf der anderen Seite auch die Aufenthaltsstätten der Verkommenen.
Nagold, 27. September. (Gemeinderatsitzung vom 24. Sept. 1930.) Aus den Mitteilungen des Vorsitzenden geht hervor, daß die schriftlichen und mündlichen Vorstellungen der Stadt, des Nagoldbahnausschusses und der Handwerkskammer, des Einzugs-

1901 und 1934 auch im Winter zu erhalten, leider erfolglos waren, da die Jüge im letzten Winterhalbjahr sehr schlecht gelaufen worden seien. — **Marktflehen:** Zur teilweisen Bedeckung der bei dem Vieh- und Schweinemarkt entstehenden Kosten werden mit sofortiger Wirkung Standgelder eingeführt. Es werden für jedes zum Markt gebrachte Stück Rindvieh und für jeden Behälter Schweine ein Standgeld von 30 Pf. erhoben. Das würde einen Ertrag pro Markt von etwa 40 Mark ausmachen. — Ferner läuft die Pachtdauer für die Marktstände in der nächsten Zeit ab. Auf dem Vorstadtplatz und der unteren Bahnhofstraße ist an den Jahrmärkten der Auto- und Fuhrwerksverkehr kaum mehr zu bewältigen und mit der Zunahme der Autos werden die Schwierigkeiten immer größer. Es erhebt sich deshalb die Frage, ob eine Verlegung der Marktstände vom Vorstadtplatz und Bahnhofstraße in die Marktstraße und Waldachstraße wenigstens versuchsweise durchgeführt werden will. Anlässlich der Kreuztalbachforstung wurde am Weihnachtsmarkt eine solche Neueinteilung durchgeführt, die sich damals bewährt hat. Die Marktstraße und die Calwerstraße von der Köhleret wäre über die Marktzeit für den Durchgangsverkehr gesperrt und die Umleitung würde in der Calwerstraße durch die Lange- und Bahnhofstraße erfolgen und zwar bis 10 Uhr vormittags, nach Beendigung des Schweinemarkts von 10 Uhr ab würde die Umleitung dann durch die Burg- und Bahnhofstraße erfolgen. Der Gemeinderat ist in Folge der Verkehrsveränderung ebenfalls der Ansicht, daß man früher oder später eine Veränderung treffen müsse. Nachdem eine Neueinteilung der Marktstände stattdessen, könnte ein Versuch gemacht werden, nur werden die Marktstände zunächst nicht auf drei, sondern nur auf ein Jahr verpachtet und in diesem Probejahr sollen die Jahrmärkte in der Markt- und Calwer- und in der Waldachstraße stattfinden. Dabei sollen die Marktstände möglichst in der Waldachstraße untergebracht werden. Die endgültige Regelung der Marktordnung soll im nächsten Jahre von den Erfahrungen in diesem Jahr abhängig gemacht werden. — **Bauarbeiten:** Die Arbeiten für die Verblendung des „Köhle“ sind vergeben worden und zwar die Gipserarbeiten an Eugen Heiser, Gipsermeister für 674 Mark und die Malerarbeiten an Malermeister Walz zu 728 Mark. — **Bereitstellung von Koststandsarbeiten und Aufbringung der Mittel hierzu:** Beim Arbeitsamt laufen gegenwärtig 82 Arbeitslose in Unterstufung oder sind schon ausgestellt. Es ist wiederholt angeregt worden, Koststandsarbeiten bereitzustellen, um insbesondere den Familienvätern mit Kindern im Winter des Durchkommen zu ermöglichen. Die beste Koststandsarbeit wäre ja gewesen, der Umbau der Altensteiger Staatsstraße. Nachdem aber die Projektierung und die Vorberhandlungen doch noch längere Zeit in Anspruch nehmen und der Baubeginn, wie dieser Tage einer Deputation der Ortsvorsteher des Nagoldtals mit dem Herrn Landrat an der Spitze in Stuttgart gesagt wurde, aller frühestens erst im nächsten Jahre in Aussicht genommen werden, so bleibt die Bereitstellung von Arbeiten an den Gemeinden hängen. Das wäre recht wohl möglich, wenn Mittel vorhanden wären. Der häusliche Haushalt ist bekanntlich nicht ausgeglichen und kann keine neuen Belastungen ertragen, und doch sollte für die schlimmsten Fälle etwas gesehen. Es wäre denkbar, im Stadtwald einen oder mehrere Waldwege zu bauen, aber da über die Holzpreise keinerlei Klarheit herrscht, scheidet diese Frage zunächst aus. Der Gemeinderat beschließt schließlich, eine größere Abräumung im Steinbruch Mittelberg für die nächsten Jahre vorzunehmen, wenn das Arbeitsamt einen Zuschuß dazu gewährt. Der Gesamtaufwand beläuft sich auf 6000 Mark, wovon der Zuschuß noch abgeht. Zur Bedeckung dieser Kosten und weiterer entstehender Wohlfahrtsausgaben wird die Einführung der Gemeindegeldsteuer nach der Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. beschlossen. Der Steuerfuß für Kollider beträgt 5 Mark pro Hektoliter, während die bisherige Biersteuer mit 2,20 Mark pro Hektoliter wegfällt. Da der Bierpreis beim Ausschank anlässlich der Erhöhung der Reichsbiersteuer um 3,80 Mark pro Hektoliter bereits um 6,66 Mark pro Hektoliter erhöht wurde, ist die neue Gemeindegeldsteuer im Ausschankpreis bereits einfließen. — **Sonstiges:** Die Kraftfahrerin Nagold-Deichbrunn-Tailfingen-Tübingen-Tübingen ist nunmehr genehmigt. Der Betrieb auf der Linie wird am 2. Oktober aufgenommen. — **Kommandant und Bismarckkommandanten der Freiwilligen Feuerwehr** sind von der Freiwilligen Feuerwehr einmütig wiedergewählt worden. Ihre Bestätigung wird beim Oberamt beantragt. — **Der heutige Badebetrieb** ergab an Einnahmen 812 Mark, an Ausgaben 214 Mark, so daß sich eine Reineinnahme von 598 Mark ergab. — **Schluss der Sitzung** bildeten Kassenbericht und Dekreturen.

Nagold, 26. September. (Der Kuban-Kojalen-Chor kommt nach Nagold.) Ein besonderes musikalisches Ereignis liegt uns mit dem Konzert des berühmten Kuban-Kojalen-Chors bevor, das voraussichtlich am 11. Oktober unter Leitung des ausgezeichneten Dirigenten Leonid Zwanoff stattfinden wird.

Calw, 26. September. In der gestern stattgefundenen Gemeinderatssitzung wurde über die von sportlicher Seite angeregte Instandsetzung der Eislaufbahn beraten. Schon im vorigen Jahr wurde der größere Teil der Eisbahn mit erheblichen Kosten neu ausgehoben und in guten Stand gesetzt. Der restliche Teil würde nach einer Berechnung des Stadtbauamts auf 1000 Mark zu stehen kommen. Ein Privatunternehmer hat sich nun erboten, die Arbeit um die Summe von 480 Mark auszuführen. Der Gemeinderat hält aber in der Mehrzahl den jetzigen Platz für eine Eisbahn genügend, da der Eisplatz überhaupt nachgelassen habe und in der gegenwärtigen Zeit gelodert werden müsse. — **Nach der Notverordnung** des Reichspräsidenten ist die Stadt berechtigt, eine Biersteuer oder eine Kopfsteuer oder beide zusammen oder, sofern außerordentliche Wohlfahrtslasten vorhanden seien, auch eine allgemeine Getränkesteuer einzuführen. Die Bürgersteuer, die bereits als Einkommensteuer besteht, wird voraussichtlich von der Regierung neu durchgeführt werden, weshalb von einer Erhöhung zunächst abgesehen wird. Auch von einer allgemeinen Getränkesteuer wird kein Gebrauch gemacht, da die Ausgaben für die Wohlfahrtspflege zwar gewachsen seien, aber doch nicht in dem Maße, daß jetzt schon die Erhebung einer allgemeinen Getränkesteuer eine Notwendigkeit sei. Etwas anderes sei es mit der Biersteuer. Die Finanzlage der Stadt sei nicht so, daß man auf diese Steuer verzichten könne. Doch solle der Zeitpunkt der Einführung erst auf 1. April nächsten Jahres festgelegt werden, damit Wirt und Verbraucher sich darnach einrichten könnten. Sollten jedoch die Wirt eine Erhöhung des Bierpreises vornehmen, so solle sofort die erhöhte Biersteuer zur Einführung kommen. Im allgemeinen ist der Bierverbrauch in den letzten Jahren zurückgegangen. Durch Hinausrückung der Steuer auf nächstes Jahr verzichtet die Stadt auf eine Einnahme von 3-4000 Mark. Der Antrag auf Einführung der Biersteuer wird mit geringer Mehrheit angenommen. — **Die Zahl der Erwerbslosen** beträgt zur Zeit etwa 100. Koststandsarbeiten sollen später ausgeführt werden und zwar soll eine neue Straße im oberen Kapellenberg angelegt werden. Zunächst muß die Ortsbauabteilung ausgebildet werden, damit die Anliegerbeiträge festgelegt werden

können. — **Eine Eingabe** eines Kaffeegegeschäfts um Konzession des Verkaufs von Brannwein in Flaschen wird abgelehnt, da die Bedürfnisfrage nicht anerkannt wird. — **Die Abnahme von Latrine** durch die Landwirtschaft hat in letzter Zeit bedeutend nachgelassen. Es mußte deshalb der Fäkalstoff auf den Auffüllplatz geleert werden, auch muß die alte Latrinengrube wieder zur Benützung kommen.

Freudenstadt, 26. Sept. (Besuchwechsel.) Die 1904 gegründete, seit 1906 im Besitz des Herrn G. Hönig befindliche Löwenapotheke wurde an Herrn Albert Schmieder aus Tübingen, 3. St. Apothekenverwalter in Heilbrunn i. Th. verkauft. Die Uebernahme erfolgt am 1. April 1931.

Sorb a. N., 25. September. (Eine nicht zur Ausführung gekommene Geburtstagsfeier.) Daß beim Festfeiern auch „Malheur“ sein kann, mußte diese Woche eine hiesige Hausfrau erfahren. Abends sollte eine Geburtstagsfeier stattfinden und aus diesem Grunde wurde ein Zweitschgentuchen und ein Kranz gebunden. Den Zweitschgentuchen konnte die eifrige Hausfrau schon um zehn Uhr abholen, während sie den Kranz erst um zwei Uhr zum Bäcker bringen durfte. Frohgemut begab sie sich zum Bäcker, der ihr aber mitteilte, daß der Kranz verbrannt sei. Als sie griesgrämig zu Hause ankam, mußte sie feststellen, daß ihr treuer Kato beinahe den ganzen Zweitschgentuchen verzehrt hatte, während die Weinflasche in Scherben am Boden lag und der Wein in der Küche herumlief.

Tübingen, 26. September. (Der Fischereiertrag des Anlagensees.) Bei dem Abfischen des Anlagensees wurden insgesamt 10 Zentner Karpfen, 3 Zentner Weißfische und außerdem einige Aale gefangen.

Eßlingen, 25. Sept. (Eine „Kriegserinnerung“) Ein hier wohnender Steinbrucker erhielt am 22. August 1914 bei Longau einen Kopfschuß unterhalb des linken Auges, der als Streifschuß behandelt wurde. Nach vierjähriger Lähmung des Unterleifers als geheilt entlassen, kam der Mann wieder ins Feld, wo er kurz vor Kriegsende in englische Gefangenschaft geriet. Er hatte öfters unter Kopfschmerzen zu leiden. Da löste sich kürzlich, nach 16 Jahren, etwas im Rücken, wird ausgestoßen — ein französisches Infanteriegeschloß.

Kottweil, 26. Sept. (Einbruch.) Mittwoch nacht haben Einbrecher dem evangelischen Stadtpfarramt hier einen Besuch abgestattet. Die Täter stiegen durch ein offenes Fenster der Parierwohnung in das Gebäude ein, erbrachen im Amtszimmer den Schreibtisch und entwendeten daraus etwa 100 Mark Bargeld sowie vier Dollarnoten. Auch einige anliegende Privaträume wurden nicht verschont und darin Schränke erbrochen. Mitgenommen wurde ein Anzug und ein Paar Schuhe.

Mietterlingen O.V. Saulgau, 26. Sept. (Ein 82jähriger Schultheiß.) Am 1. Oktober tritt Schultheiß Müller hier in den wohlverdienten Ruhestand. Mit ihm scheidet der älteste Ortsvorsteher Württemberg aus dem Amt; steht er doch schon im 82. Lebensjahr. 50 Jahre stand er im Dienst der Gemeinde: 15 Jahre als Gemeindepfleger und 35 Jahre als Schultheiß.

(Diese Nachricht stimmt nicht ganz. Unser waderer Schultheiß Seeger in Altensteig-Dorf steht schon schon im 83. Lebensjahr und steht noch rüstig seiner Gemeinde vor!) Die Schriftleitung.)

Ulm, 26. Sept. („Greifen“-Versteigerung.) Der „Greifen“ in der Frauenstraße, der in den letzten Jahren seinen Besitzern offenbar wenig Freude machte, ist wieder einmal versteigert worden. Im Auftrag eines Formers Krause aus Nordamerika erwarb ein Stuttgarter Interessent das Anwesen zum Preise von 90 000 Mark. Der Schätzungswert der Stadt betrug etwa 140 000 Mark.

Aus dem Gerichtssaal

73jährige wegen Totschlans zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt
Heilbronn, 26. Sept. In der Nacht vom 20. auf 21. Juli hatte in Kohenbort der 73 Jahre alte Tagelöhner Wilhelm Arnold durch 10 Stiche mit einem Stilettmesser seinen 21jährigen Sohn getötet. Wegen Mordes hatte er sich öfters vor dem Schwurgericht zu verantworten. Die Staatsanwaltschaft beantragte die Todesstrafe; der Verteidiger plädierte auf Bestrafung wegen Totschlans. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen Totschlans zu 5 Jahren Zuchthaus unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 3 Jahre. In der Begründung hieß es u. a., daß man dem Angeklagten nicht habe widerlegen können, daß er sich angesichts der dauernden Spannung zwischen ihm und seinem Sohn, der ihm sogar mit dem Leben drohte, in einer steigenden Wut befunden habe, aus der heraus die Tat schließlich geboren wurde.

Das Urteil im Mordprozess Bessel

Berlin, 26. Sept. Das Schwurgericht I verurteilte die Angeklagten Ali Döhler, Erwin Käder, Josef Kaudulski, Frau Selim, Elise Cohn, Walter Jonel, Max, Walter und Willy Jambrowski wegen gemeinschaftlichen Totschlans und zwar Schäfer und Käder zu je 6 Jahren einem Monat Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Kaudulski zu 5 Jahren 1 Monat Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, Frau Selim, Walter und Willy Jambrowski zu je 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, Max Jambrowski zu 2 Jahren Gefängnis und Walter Jonel und Elise Cohn zu je einem Jahr Gefängnis. Die Angeklagten Josef Kasperlein, Wilhelm Sander, Theodor Will und Drewnik wurden wegen Beihilfung zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Geschäftliche Mitteilungen

Im traulichen Heim. Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Firma Alfred Wagner, Dessau, Wagnerhaus, bei, die Bestellungen auf „Im traulichen Heim“ jederzeit entgegennimmt.

Wetter für Sonntag

Ein Ausläufer des Tiefdruckgebiets über Schottland hat sich mit einer über Italien liegenden Depression verbunden. So besteht eine in nordöstlicher Richtung verlaufende Tiefdruckfurche. Bei nordwestlichen Winden ist für Sonntag und Montag wechselnd bewölkt kühles Wetter zu erwarten.

Spiel und Sport

12 Uhr: Jugend Altensteig — Jugend Eßlingen
3 Uhr: Sportverein Altensteig I — S.B. Dornstetten I
1/2 Uhr: Sportverein Altensteig II — S.B. Dornstetten II
Fußball. Der Sportverein steht mitten in den Verbandsspielen der Vorrunde. Am kommenden Sonntag weist die Terminliste Spiele gegen das spielstarke Dornstetten aus. Wie wird das Ergebnis sein? Wenn man nach dem Ergebnis des vergangenen Sonntags in Nagold, wo Dornstetten mit sieben Toren Unterschied verlor, gehen möchte, so sollte eigentlich für Altensteig ein Sieg herauskommen. Doch im Fußball kommt es nur zu oft vor, daß Hoffnungen betrogen und Voraussetzungen fehl gehen. Man kann die Mannschaften nur der heutigen Spielstärke und der Verfassung nach beurteilen und wenn Altensteig wie bisher mit Energie und Fleiß das Spiel meistert und die Mannschaft selbst unter sich einig ist, sollten, trotz der Verletzung von Kentschler und dafür eingestelltem Erich, unsere Sportfreunde ein schönes und insbesondere ein faires Spiel, sowie ein ehrenvolles Ergebnis zu sehen bekommen. Die zweite Mannschaft ist immer noch nicht ganz zusammengespielt, ob es zu einem Sieg reicht, kommt darauf an, wie sich die Spieler selbst unter sich verstehen. Die Jugendmannschaft spielt gegen ihren alten Gruppenmeisterschaftsgegner Eßlingen. Die heutige Spielstärke der Eßlinger Jugend ist nicht bekannt, doch sollte den Einheimischen bei deren Spielverfassung der Sieg nicht zu nehmen sein. Wir hoffen, alle drei Mannschaften als Sieger begrüßwünschen zu dürfen, was insbesondere bei der ersten Mannschaft zu begrüßen wäre, vielleicht wäre auch dieser Umstand mitwirkend, daß sich so verschiedene frühere Spieler und Sportkameraden mit mehr Allgemeinverständnis für den Verein und mit weniger Eigenliebe zu sich selbst, uns anschließen bzw. mit uns weiterarbeiten wollten. Das wäre auch ein Erfolg.
H. H.

Handel und Verkehr

Wein

Heilbronn, 26. Sept. (Weinpreis im Heilbronner Weinbaubiet.) In Heilbronn fanden sich Vertreter des Hotel- und Gastwirtsberufes mit denen der Weinbauorganisationen und der Weinbörse zusammen, um über den Weinabtrieb und „Preis des Weinbaues“ zu beraten. Die Vertreter des Weinbaues kamen den Wünschen des Hotel- und Gastwirtsberufes entgegen und einigten sich dahin, daß im Heilbronner Weinbaubiet Frühlingsweins von 140 Mark ab je Eimer zu bekommen sei.

Rundfunk

Samstag, 28. Sept.: 7 Uhr Morgenkonzert, 8 Uhr Morgengymnastik, 10.15 Uhr Chora. Motettenfeier, 11 Uhr Kammermusik, 12 Uhr Promenadenkonzert, 13 Uhr Kleines Kapitel der Zeit, 13.10 Uhr Gesangs-Quartette, 14 Uhr Stunde der Jugend, 15.10 Uhr Uebertragung des Handballmeisterspiels des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, 15.30 Uhr Konzert, 18 Uhr Vortrag: Glanzleistungen antiker Techniker, 18.30 Uhr Max Salbe liest aus eigenen Werken, 19 Uhr Bekanntgabe etwaiger Programmänderungen, Zeit, Sportfunk, 19.30 Uhr Stunde der Kammermusik, 20 Uhr Heitere Vorträge, 20.45 Uhr Strauß-Abend, 22 Uhr Bekanntgabe etwaiger Programmänderungen, Nachrichten, Sportbericht, 22.30 Uhr Unterhaltungskonzert.

Montag, 29. Sept.: 6.30 Uhr Morgengymnastik, von 10 bis 13.30 Uhr Schallplatten, Nachrichten, Wetter, 14.15 Uhr Schallplatten, 15.45 Uhr Briefmarkenstunde, 16 Uhr Konzert, 17.45 Uhr Zeit, Wetter, Landwirtschaft, Bericht des Landesarbeitsamts, 18.05 Uhr Vortrag: Das Recht der Frau im Wandel der Zeiten, 18.35 Uhr Vortrag: Ein Unfall kommt selten allein, 19 Uhr Zeit, 19.05 Uhr Engl. Sprachunterricht, 19.30 Uhr Amelia oder ein Rastball, 22.15 Uhr Nachrichten.

Letzte Nachrichten

Deutschlands größte Erdölquelle erschlossen

400 Tonnen Schüttung täglich

Berlin, 27. September. Wie der „D.N.Z.“ von gut unterrichteter Seite aus Hannover berichtet wurde, hat die Genterfschaft „Elwerata“ Hannover in ihrem Felde Nienhagen, und zwar in dem westlichen Teil des sogenannten Nordfeldes in der dort allgemein fführenden Schicht eine neue sehr bedeutende Erdölquelle erschlossen. — Es laufen regelmäßig täglich 16 Tonnen Erdöl aus. Am ersten Tage wurden auf diese Weise rund 400 Tonnen ausgeworfen. Es ist eine Produktion, die bis dahin in Deutschland noch nicht erreicht wurde.

Erwägungen über die Arbeiterentlassungen bei der Reichsbahn

Berlin, 26. September. Zur Zeit finden bei der Hauptverwaltung der Reichsbahn Verhandlungen mit den Gewerkschaften statt über eine weitere Einschränkung der Arbeiterzahl bei der Reichsbahn. Eine Verminderung der Arbeiterzahl sei durch den immer weiter zurückgehenden Verkehr als notwendig erwiesen. Bei den Verhältnissen sowohl als im Betriebe fällt für die jetzt angestellten Arbeiter nicht genügend Arbeit an. Wenn es nicht gelingt, durch Feiertagsarbeiten die Arbeit zu strecken, so wird eine Entlassung von Arbeitern nicht zu umgehen sein.

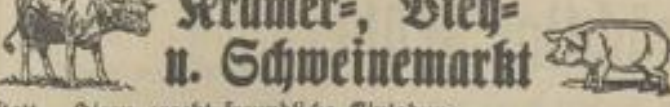
Baugoin mit der Bildung des Kabinetts betraut

Wien, 26. September. Der Bundespräsident hat heute nachmittag den Vizelanzler Karl Baugoin nach einer längeren Aussprache mit der Neubildung des Kabinetts betraut und ihn aufgefordert, umgehend die nötigen Verhandlungen einzuleiten.

Druck und Verlag der W. Ricker'schen Buchdruckerei, Altensteig. Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut.

Pfalzgrafenweiler.

Am Donnerstag, den 2. Oktober 1930 findet hier ein

 **Krämer-, Vieh- u. Schweinemarkt**
Hierzu ergeht freundliche Einladung.
Gemeinderat.

